

Resolution gegen Einstellung integrativer Kitas

Einstimmiger Beschluss des Jugendhilfeausschusses

Einstimmig hat der Hennefer Jugendhilfeausschuss bei seiner letzten Sitzung eine „Resolution gegen die Reduzierung und stufenweise Einstellung der Förderung von integrativen Kindertageseinrichtungen“ durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) verabschiedet. Die Resolution geht zurück auf einen Antrag des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Bernhard Schmitz. In der Sitzung unterstrich er die Wichtigkeit der Resolution: „Das Vorgehen des Landschaftsverbandes ist schlicht und einfach ein Skandal und widerspricht absolut dem Gedanken der Inklusion.“

Zunächst einmal hat die Reduzierung und stufenweise Einstellung finanzielle Auswirkungen, da der LVR bei integrativen Einrichtungen und Gruppen bislang den Jugendamts- und den Trägeranteil an den Betriebskosten übernommen hat. In Hennef gibt es eine integrative städtische Einrichtungen und bei zwei weiteren Trägern je eine integrative Gruppe. Die schrittweise Reduzierung der Förderung sorgt im laufenden Jahr für Mehrkosten auf Seiten der Stadt von bis zu 40.000 Euro. Wie hoch die Mehrkosten ab dem kommenden Kindergartenjahr sein werden, ist noch nicht klar.

Massive Auswirkungen hat auch das Ende der Refinanzierung von Motopäden in integrativen Kindertageseinrichtungen. Waren diese bislang über die Refinanzierung Teil des Kindergarten-teams, werden diese künftig

sofern die Krankenkassen diese tragen - als externe Kräfte von Fall zu Fall hinzukommen oder unter Umständen gar nicht mehr in den Einrichtungen auftauchen, weil die Kinder deren Praxen aufsuchen müssen. Somit hat die Beschäftigung von therapeutischen Fachkräften hat keine Kontinuität mehr, die Kita-Teams werden geschwächt.

Darüber hinaus hat die Reduzierung und stufenweise Einstellung auch Auswirkungen auf die Eltern und deren Kosten - zum Beispiel durch die Einschränkungen der Fahrtkostenerstattungen - die Förderung der Elternarbeit und durch die Einschränkungen und zukünftigen Probleme letztlich auch negative Auswirkungen auf die Kinder ohne Behinderung.

Nach der einstimmigen Verabschiedung am 23.10. wird der Bürgermeister die Resolution nun an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen senden.

Die Resolution im Wortlaut

Über viele Jahre hinweg wurden integrative Kindertageseinrichtungen durch den Landschaftsverband Rheinland gefördert. Dies war im Sinne der Inklusion eine vorbildliche Initiative. Nun stellt der Landschaftsverband Rheinland das über viele Jahre hinweg als immer wieder vorbildlich bezeichnete Modell der Förderung von integrativen Kindertagesstätten schrittweise ein. Die integrativen Kindertageseinrichtungen sind ein gutes

Beispiel für ein seit langer Zeit bewährtes Modell der Inklusion und selbstverständlichen Zusammenlebens mit behinderten und nichtbehinderten Kindern, betreut durch die unterschiedlichsten Professionen in der Einrichtung.

Sowohl Erzieherinnen als auch Therapeuten sind in der Kindertagesstätte Alltag und sowohl für behinderte und nicht behinderte Kinder Ansprechpartner/innen. Der Wert eines Bildungskonzeptes für frühe Kindheit lässt sich unter anderem daran ablesen, ob es Kindern mit Behinderungen einschließt oder ausschließt. Das sehr unkomplizierte Verfahren gilt nach wie vor als vorbildlich. Mit der Rücknahme der Förderung kommen auf Kinder und Eltern, Träger und Kommunen erhebliche Erschwernisse zu:

- Die Verpflegungskosten für die Kinder werden reduziert.
- Die Freistellung der Leitung der Kindertageseinrichtung wird eingeschränkt.
- Daneben werden die Fahrtkostenerstattungen für behinderte Kinder derart eingeschränkt, dass nur Kinder mit einer schweren Behinderung noch ein Anrecht auf einen Zubringerdienst haben.
- Die Re-Finanzierung von Motopäden in integrativen Kindertageseinrichtungen wird nicht mehr möglich. Man verweist auf eine mögliche (unsichere) Finanzierung durch die Krankenkassen, deren Leistungen dann über

Rezepte abgerechnet werden können. Die Beschäftigung von therapeutischen Fachkräften hat keine Kontinuität mehr. Die Kinder erhalten laufend wechselnde Bezugspersonen.

- Die Förderung der Kinder mit und ohne Behinderung (also aller Kinder der Einrichtung) wird eingeschränkt.
- Die Zusammenarbeit mit den Eltern und die Förderung der Elternarbeit und der Kinder wird erheblich erschwert, auch durch die wechselnden Ansprechpartner.
- Die Finanzierung hat erheblichen Einfluss auf die Haushalte der Kommunen. Der bisher vom Landschaftsverband Rheinland übernommene Jugendamtsanteil wird stufenweise eingestellt beziehungsweise so pauschaliert, dass vor allem die kommunalen Träger Einbußen hinnehmen müssen.
- Dies bringt neben der Übernahme des Trägeranteils erheblichen Einbußen und zusätzlich finanzielle Belastungen bei den Kommunen, aber auch bezüglich der für die freien Träger zur Verfügung stehenden Mittel.

Wir fordern daher von der zuständigen Jugendministerin als oberste Landesjugendbehörde, auf den in ihrem Auftrag handelnden Landschaftsverband Rheinland mit dem Ziel einzuwirken, im Sinne der Inklusion die integrativen Einrichtungen weiter in bisherigem Umfang zu fördern bzw. weiter auszubauen.